

Analyse Heizungsgesetz

Einigung zum Heizungsgesetz: Befreiungsschlag oder "soziale Zeitbombe"?

Aktualisiert am 25.02.2026, 15:34 Uhr



Zufriedene Verhandler, zumindest auf Seite der Union: Politiker der Koalition am Dienstagabend nach der Vorstellung der Heizungspläne.


"Habecks Heizhammer" hat vor zwei Jahren die Republik bewegt. Jetzt will die schwarz-rote Koalition die entscheidenden Passagen im Gebäudeenergiegesetz streichen. Doch die Diskussion über die Heizung der Zukunft dürfte weitergehen.

EINE ANALYSE

von [Laura Czypull](#) und [Fabian Busch](#)

Dieser Text enthält eine Einordnung aktueller Ereignisse, in die neben Daten und Fakten auch die Einschätzungen von Laura Czypull und Fabian Busch sowie ggf. von Expertinnen oder Experten einfließen. Informieren Sie sich über [die verschiedenen journalistischen Textarten](#).

Es geht nur um ein Dutzend Paragraphen. Genauer gesagt um die Paragraphen 71 bis 71p und 72 des Gebäudeenergiegesetzes. Sie sollen gestrichen werden. Was wie eine Kleinigkeit klingt, ist aus Sicht von [CDU](#) und [CSU](#) ein Befreiungsschlag – nicht nur für Hausbesitzer in Deutschland, aber wohl auch für die Unionsparteien selbst.

Denn die Gesetzesänderung würde faktisch die Abschaffung des sogenannten Heizungsgesetzes bedeuten, [das 2023 die Republik aufgewühlt hat](#): Der damalige Bundeswirtschaftsminister [Robert Habeck](#)  (Grüne) wollte die Deutschen zum klimafreundlichen Heizen bewegen. Wärmepumpe statt Ölheizung, lautete die Devise. Viele Menschen fühlten sich bevormundet, die damalige CDU/CSU-Opposition heizte die Stimmung mit an – und versprach im Wahlkampf: Wenn wir wieder regieren, wird das Heizungsgesetz abgeschafft.

Koalition hatte lange um Änderung gerungen

Die nötige Gesetzänderung erwies sich als schwierig. Die [SPD](#) wollte an der Vorgabe festhalten, dass neue Heizungen zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Eine Einigung wurde immer wieder versprochen und verschoben. Und noch einmal verschoben. Das nicht eingelöste Versprechen drohte zur Blamage für die Union zu werden.

Am Dienstagabend haben sich CDU, CSU und SPD dann doch [auf die Änderung des Gesetzes geeinigt](#). Vor allem die Union kann jetzt zufrieden sein. Sie habe sich "auf ganzer Linie" gegen die SPD durchgesetzt, ordnete der Newsletter "Berlin.Table" die Einigung ein.

Konkret wollen Union und SPD das Gebäudeenergiegesetz einem Eckpunktepapier zufolge folgendermaßen ändern:

- Immobilienbesitzer sollen weiter Öl- und Gasheizungen in ihre Wohnhäuser einbauen dürfen.
- Klimafreundliche Heizungen werden bis 2029 weiterhin mit staatlichen Zuschüssen gefördert. Öl- und Gasheizungen seien allerdings nicht Teil der Förderung, machte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Armand Zorn am Mittwoch klar.
- Die pauschale Pflicht, dass jede neu eingebaute Heizung mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden sollte, entfällt.
- Allerdings müssen neue Gas- und Ölheizungen ab Januar 2029 mit einem wachsenden Anteil klimafreundlicher Kraftstoffe betrieben werden – zum Beispiel mit Biomethan oder grünem Wasserstoff.



Mehrkosten könnten drohen

Was die Reform des Heizungsgesetzes für Mieter und Eigentümer bedeutet

SPD spricht von gutem "Mittelweg"

Nach der Einigung folgt am Mittwoch der nächste Schritt. Im politischen Berlin heißt das: Die Parteien ordnen die Beschlüsse ein. Die zuständigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD laden zu einem Pressegespräch ein. Vor allem die SPD steht unter Druck, nicht als Umfallerin dazustehen.

Die Verhandlungen seien anstrengend gewesen, aber "gut gelungen", sagt SPD-Fraktionsvize Armand Zorn. Das Eckpunktepapier bezeichnet er als gute Grundlage, die Arbeit sei aber noch lange nicht beendet. Zorn gibt sich überzeugt: Mit diesem "Mittelweg" schaffe es die Koalition, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen und trotzdem die Wärmewende bis 2030 zu meistern.

Darauf hofft auch sein Kollege Esra Limbacher. Das Thema sei unter der Ampel "mit viel Gegeneinander gestartet", es habe enormen Widerstand der Bevölkerung gegeben. Das verlorene Vertrauen müsse die aktuelle Koalition nun zurückgewinnen.



Analyse Schwarz-rote Misstöne
Die Vorschlagskoalition

Insgesamt demonstriert die SPD Zufriedenheit. Schon die Einigung an sich kann die Koalition nach all den Reibereien der vergangenen Monate als Erfolg verbuchen. In der SPD könnte das Eckpunktepapier trotzdem noch Diskussionen auslösen. Den Mieterschutz etwa können die Sozialdemokraten auf ihrer Seite verbuchen – der wird allerdings bisher nur einmal kurz im Eckpunktepapier erwähnt und muss noch ausgearbeitet werden.

Die Union verkneift sich zwar Triumphgeheul, kann ihre tiefe Zufriedenheit aber nicht verbergen. "Der Heizungshumbug ist vorbei", sagt Fraktionsvize Stephan Stracke. Statt ideologischer Bevormundung, Zwang und technologischer Verengung setze man jetzt auf Vernunft, verkündet der CSU-Politiker. Sein Kollege Sepp Müller betont, dass die Bürgerinnen und Bürger jetzt frei entscheiden könnten, auf welche Heizung sie zurückgreifen wollen.

An den Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Civey kann jeder teilnehmen. In das Ergebnis fließen jedoch nur die Antworten registrierter und verifizierter Nutzer ein. Diese müssen persönliche Daten wie Alter, Wohnort und Geschlecht angeben. Civey nutzt diese Angaben, um eine Stimme gemäß dem Vorkommen der sozioökonomischen Faktoren in der Gesamtbevölkerung zu gewichten. Umfragen des Unternehmens sind deshalb repräsentativ. Mehr Informationen zur Methode [finden Sie hier](#), mehr [zum Datenschutz hier](#).

Kritik von "Paritätischem" und Grünen: Tappen Mieter in die Kostenfalle?

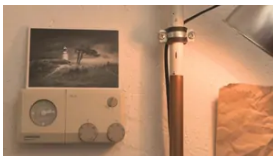
[Katja Kipping](#) ist am Mittwoch gar nicht zum Feiern zumute. Die frühere Linken-Politikerin ist inzwischen Geschäftsführerin des Paritätischen Gesamtverbandes. Sie teilt mit, Union und SPD würden mit der Gesetzesänderung eine "soziale Zeitbombe" zünden. Dass weiterhin Gas- und Ölheizungen eingebaut werden dürfen, ist aus ihrer Sicht in erster Linie ein Geschenk an die Gaslobby. Vielen Privathaushalten drohe dagegen eine Kostenfalle, sagt Kipping: "Mehr als 40 Millionen Menschen in Deutschland leben zur Miete. Sie entscheiden nicht, womit ihre Wohnung beheizt wird. Aber sie zahlen die Rechnung, wenn in den nächsten Jahren die CO₂-Preise steigen."



"Die Bundesregierung hat das Erreichen der Klimaziele aufgegeben."

Katharina Dröge

Auch die Wirtschaftsvereinigung der Grünen kritisiert die schwarz-roten Pläne scharf: Aus Sicht von der Vorsitzenden Marie-Luise Wolff ist es teuer und ineffizient, auf Dauer unterschiedliche Wärmenetze für Strom, Gas, Wasserstoff und klimaneutrale Gase zu betreiben.



Video Lockerung der Vorgaben

Neues Heizungsgesetz stößt auf Kritik von Mieterschützern und Industrie

Für unsinnig hält sie auch das Ziel, vermehrt Biogas und Wasserstoff für die Wärmeproduktion zu nutzen. "Die Biogasmengen in Deutschland werden nicht ausreichen, um das Gasnetz bis 2045 klimaneutral zu betreiben – derzeit haben wir ein Prozent Biogas bezogen auf die gesamte Gasmenge im Wärmesektor", teilt Wolff mit. Mit grünem Wasserstoff zu heizen, wäre aus ihrer Sicht "die teuerste und unwirtschaftlichste" Lösung: "Den wertvollen Wasserstoff brauchen wir für Anwendungen in der Industrie und als E-Fuel für den Flugverkehr, statt ihn im Heizungskeller zu verfeuern."

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag spart ebenfalls nicht mit Kritik. Klimaschutz sei der schwarz-roten Koalition vollkommen egal, sagt Katharina Dröge. "Die Bundesregierung hat das Erreichen der Klimaziele aufgegeben."

Empfehlungen der Redaktion

[Polykrise in Deutschland? Was unsere Regierung laut Maja Göpel jetzt tun müsste](#)

Koalition will an Klimazielen festhalten

In der schwarz-roten Koalition sieht man das erwartungsgemäß anders. CSU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann bezeichnet die Kritik der Grünen als "ziemlich schlicht und flach". [Dröge](#) habe "das Gesetz nicht verstanden". Die Koalition sehe sich den Klimazielen weiterhin verpflichtet, wolle das Gesetz nur "intelligenter und praxistauglicher" gestalten.

Doch die Kritik wird nicht verstummen. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings, rät der Koalition am Nachmittag in der Bundespressekonferenz zu einem guten Fernglas: Die Klimaziele seien nur noch am Horizont zu erkennen, spottet er. "Im Eckpunktepapier steht, die Koalition will die Klimaziele 'im Blick' behalten. Aufgabe einer Regierung ist es aber nicht, Klimaziele im Blick zu behalten, sondern Instrumente vorzulegen um sie einzulösen."

Aus Sicht von Niebert vertieft die Koalition mit ihren Plänen die klima- und sozialpolitischen Gräben im Land. Zwei Hoffnungen hat er aber noch: eine Nachschärfung im Gesetzgebungsprozess und Umweltminister Carsten Schneider (SPD). Der muss Ende März einen neuen Klimaschutzplan vorlegen. Mit den neuen Plänen der Koalition sei es quasi unmöglich, die Anforderungen zu erfüllen, meint Niebert. Demzufolge müsse Schneider eigentlich im Kabinett ein Veto einlegen.

Das Eckpunktepapier ist nur ein Anfang. Die Umsetzung in einen Gesetzestext hat damit erst begonnen. Und beim Heizungsgesetz der Ampel hat es in dieser Phase besonders gekracht.

Verwendete Quellen

- Pressgespräch der Fraktionen von CDU/CSU und SPD
- Pressegespräch des Vorsitzenden der CSU im Bundestag, Alexander Hoffmann

[Mehr Informationen](#) 